

Soll der Staat in der Krise sparen oder Geld ausgeben? Der Ständerat hat gestern die finanzpolitischen Weichen gestellt, nächste Woche ist der Nationalrat dran. Ursula Wyss (SP) und Philipp Müller (FDP) geben im Streitgespräch einen Vorgeschmack auf die heisse Debatte.

«Da kann ich nur noch staunen»

BEAT RECHSTEINER

Mitten in der Krise denkt unser Finanzminister nur ans Sparen. Herr Müller, ist Ihr FDP-Bundesrat Hans-Rudolf Merz auf dem falschen Dampfer?

Philipp Müller: Nein, Herr Merz fährt in die richtige Richtung. Und ich möchte korrigieren: Er spart nicht, er macht nur weniger Schulden als die übrigen europäischen Staaten.

Ursula Wyss: Aber Fakt ist doch, dass er mit seinem Konsolidierungsprogramm jährlich 1,5 Milliarden Franken einsparen will.

Müller: Fakt ist, dass im Budget 2010, welches wir nun im Parlament beraten, ein Ausgabenwachstum von rund vier Milliarden Franken gegenüber der Rechnung 2008 vorgesehen ist. Das Konsolidierungsprogramm von Merz kommt erst ab 2011. Zudem: Allein 550 Millionen des Programms stehen unter dem Titel «Anpassung der Teuerung». Das heisst nichts anderes, als dass man mit einer höheren Teuerung gerechnet hat, die jetzt wegen der Rezession tiefer ausfällt. Das nennen Sie sparen?

Wyss: Unter diesen 550 Millionen finden sich ganz reale Kürzungen, da geht es unter anderem um Bildungs- und Verkehrsbeiträge. Die Überschrift «Teuerung» ist irreführend.

Wo würden Sie sparen, Frau Wyss?

Wyss: Im Armeebereich sehe ich den Nutzen von Mehrausgaben, etwa für neue Kampfflieger, nicht. Oder auch bei der Marketingorganisation «Präsenz Schweiz» haben wir den Vorschlag gemacht, die Mittel zu kürzen.

Sie wollten der SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey Geld wegnehmen?

Wyss: Ja, wir stellten diesen Antrag.
Müller: Bei diesen Organisationen, welche das Image der Schweiz im Ausland pflegen, sollte man einmal koordinieren. Ich sehe zudem Sparpotenzial bei der Entwicklungshilfe.

Und beim Militär, Herr Müller?

Müller: Mehrausgaben kommen für mich in diesen Zeiten nicht infrage. Ich vertrete hier aber meine eigene Meinung und nicht jene der Partei.

Wyss: Bleibt zu hoffen, dass Sie viele Ihrer Kollegen davon überzeugen können. Das wären immerhin fast 400 Millionen, die man sparen kann.

Das heisst im Klartext, Frau Wyss: Moritz Leuenberger darf wegen der knappen Finanzen beim Verkehr jammern, Ueli Maurer wegen der Armee nicht.

Wyss: Jammern darf jeder. Doch es gibt einfach wichtige und weniger wichtige Herausforderungen für die Zukunft. Wichtig ist es zum Beispiel, unseren Kindern eine gute Infrastruktur zu überlassen. Dafür können und sollen wir auch Schulden in Kauf nehmen, weil die Rendite in Zukunft höher ist als die Zinsen.

Müller: Da kann ich nur noch staunen. Wir sind uns einig, dass es solche Investitionen in die Zukunft braucht. Doch gerade Sie müssen sich nicht darüber wundern, dass uns dafür das Geld fehlt. Sie haben dem Parlament einen Wunschkatalog präsentiert, der jährlich Mehrausgaben von 4,8 Milliarden zur Folge hätte. Zusätzlich haben Sie ein Sammelsurium von Motionen eingereicht, die weitere Milliarden kosten würden.

Wyss: Ich weiss nicht, wie Sie auf diese Summen kommen, aber werden Sie doch konkret: Wo helfen Sie mit, in die Infrastruktur zu investieren?

Müller: Überall dort, wo die Mittel vorhanden sind. Sie aber wollen immer nur den Sozialstaat weiter ausbauen. Immerhin bekommen Sie dafür keine Mehrheiten zusammen.

Wyss: Wenn das so ist, dann müssen Sie sich ja keine Sorgen machen.

Ganz von der Hand zu weisen sind diese Vorwürfe an die SP aber nicht, immerhin wollen Sie nun wieder die Schuldenbremse zugunsten von Mehrausgaben aushebeln. Und das jetzt, da die Wirtschaft anzieht.

Wyss: Wir wollen die Schuldenbremse nicht aushebeln, diese sieht nämlich Mehrausgaben in schweren Rezessionen ausdrücklich vor. Wir wissen nicht, ob 2010 die Wende kommt. Der prognostizierte Aufschwung ist ein sehr zartes Pflänzchen.

Müller: Es ist das alte Rezept der Sozialdemokraten: Immer munter Geld ausgeben und Schulden machen.
Wyss: Ich will nicht einfach Geld ausgeben, damit es ausgegeben ist. Aber ich möchte, dass wir dort sinnvoll investieren, wo es uns in Zukunft Kosten spart. Und dazu haben wir auch die nötigen Mittel. Wir haben in der Hochkonjunkturphase 8,8 Milliarden Franken über die Vorgaben der Schuldenbremse hinaus gespart.

Müller: Es ist das alte Rezept der Sozialdemokraten: Immer munter Geld ausgeben und Schulden machen.

Wyss: Ich will nicht einfach Geld ausgeben, damit es ausgegeben ist. Aber ich möchte, dass wir dort sinnvoll investieren, wo es uns in Zukunft Kosten spart. Und dazu haben wir auch die nötigen Mittel. Wir haben in der Hochkonjunkturphase 8,8 Milliarden Franken über die Vorgaben der Schuldenbremse hinaus gespart.

Und was soll nun mit diesem Geld geschehen?

Wyss: Hätten wir zu einem früheren Zeitpunkt in dieser Krise mehr Geld in die Hände genommen, wäre die Arbeitslosigkeit jetzt tiefer. Nun müs-

sen wir die Quittung bezahlen. Das Gleiche gilt für die Bildung. Wenn wir heute sparen, haben wir die Kosten morgen zu tragen. Und sie werden um ein x-faches höher ausfallen.

Müller: Erstens: Arbeitsplätze kann man nicht mit Steuergeldern schaffen. Denn jemand muss das bezahlen. Das gibt einen Teufelskreis, der sich selbst totläuft. Zweitens: Wir haben die Bildungskosten bereits massiv erhöht, auch dank der Mithilfe der FDP.

Wyss: Ich sehe einfach, dass wir nun in eine Sackgasse geraten. Die Gefahr ist gross, dass gleichzeitig gespart werden muss, während die Konjunkturausgaben noch wirken. In den Ämtern würde dies zum Widerspruch führen: Man könnte auf der einen Seite mehr Geld ausgeben, müsste auf der anderen Seite aber bereits wieder sparen.

Wie dramatisch ist denn Schulden-situation, Herr Müller?

Müller: 1995 hatten wir 82 Milliarden Franken Schulden, 2005 waren es 130 Milliarden, dann ging es dank den guten Zeiten etwas zurück, 2010 werden wir aber wieder bei rund 127 Milliarden sein. Solche Werte bringen die Schweiz an den Anschlag.

Wyss: Der allergrösste Teil dieser steigenden Schulden ist nicht ausgaben-, sondern einnahmenbedingt. Wir haben grosse Steuerausfälle wegen der Rezession. Da sollten jene zur Verantwortung gezogen werden, welche die Krise ausgelöst haben, nämlich die Banken. Die Investmentbanken machen schon wieder grosse Gewinne und schütten Boni aus, anstatt der Staatskasse etwas zurückzugeben. Zudem muss die Schuldenhöhe ins richtige Verhältnis gesetzt werden: Unsere Schuldenquote gehört zu den tiefsten in den Industriestaaten und ist ökonomisch unproblematisch.

Das grösste Problem dürfte 2010 aber die Arbeitslosigkeit sein.

Wyss: Ja, definitiv. Wir werden eine so hohe Arbeitslosigkeit haben wie seit den 1990er-Jahren nicht mehr. Dagegen müssen wir etwas tun.

Müller: Sie wollen beispielsweise die 1,2 Milliarden, die beim UBS-Deal für den Bund als Gewinn herausgeschüttet haben, in die Arbeitslosenversicherung stecken. Das ist völlig falsch, denn genau das wäre keine gezielte Investition, sondern einfach nur ein weiteres kleines Schritchen zum Ausbau des Sozialstaates.

Wyss: Die Bürgerlichen schlagen bei der Reform der Arbeitslosenversicherung jeweils nur Leistungsreduktionen vor. Treffen würde es nun insbesondere die Jungen. Darum muss innerhalb der Arbeitslosenversicherung viel mehr in Weiterbildungsprogramme investiert werden. Es kann nicht sein, dass die Betroffenen ein Jahr lang einfach nichts tun.

Müller: Dafür braucht es nicht mehr Geld, schliesslich hat das Parlament genau solche Massnahmen im dritten Konjunkturpaket beschlossen.

Wyss: Diese Massnahmen wurden nicht mit Ihnen, sondern gegen Ihren Willen beschlossen.

Müller: Wir von der FDP waren bewusst dagegen, weil es unverhältnismässig ist, 240 Millionen Franken für 7500 Langzeitarbeitslose auszugeben. Wir bieten immer Hand für sinnvolle Massnahmen, aber nicht für so etwas.

PHILIPP MÜLLER, FDP

Seit 2007 sitzt der Aargauer Nationalrat für die Freisinnigen in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Müller ist 57-jährig, Vater dreier Kinder und Generalbauunternehmer. Seit sechs Jahren sitzt er im Nationalrat, seit 2009 gehört er dem Parteivorstand der FDP Schweiz an.

URSULA WYSS, SP

Die Berner Nationalrätin und SP-Fraktionschefin ist Ökonomin und sitzt seit diesem Jahr in der Finanzkommission der Grossen Kammer. Wyss ist 36-jährig, Mutter eines Sohnes und ist seit zehn Jahren Nationalrätin. Von 2003 bis 2006 amtierte sie als Vizepräsidentin der sozialdemokratischen Partei.

Düstere Aussichten

Finanzminister Hans-Rudolf Merz hatte gestern im Ständerat leichtes Spiel. Das Bundesbudget 2010 ist in der kleinen Kammer kaum auf Widerstand gestossen und wurde letztlich einstimmig verabschiedet. Bei budgetierten Ausgaben von insgesamt 60,9 Milliarden Franken und Einnahmen von 58,2 Milliarden resultiert ein Minus von 2,7 Milliarden. Die wenigen vom Rat vorgeschlagenen Anpassungen beinhalten Einsparungen beim Bundespersonal um 40 Millionen Franken. Zudem erhöhte der Ständerat gegen den Willen von Merz die Mittel für Heimat-schutz und Denkmalpflege um

9,3 Millionen auf 30 Millionen Franken. Am Montag wird sich der Nationalrat mit dem Budget befassen.

Anlass zur Sorge gab im Ständerat der Ausblick auf die Jahre 2011 bis 2013. Die düsteren Aussichten, die der Finanzplan mit Defiziten von jährlich über vier Milliarden aufzeichne, müssten ein Mahnzeichen sein, sagte Finanzkommissionspräsident Philipp Stähelin (CVP) und unterstrich: «Es wird sehr, sehr deutlich, dass einschneidende Sanierungen unerlässlich werden.» Merz erinnerte in diesem Zusammenhang an die Notwendigkeit einer Ausgabenüberprüfung. (AP)